

Stellungnahme

des Verbands der Kali- und Salzindustrie e.V. (VKS) zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Klimaschutzgesetzes

Der VKS nimmt die Möglichkeit wahr, um im Rahmen der Verbändebeteiligung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Klimaschutzgesetzes auf die aktuellen Herausforderungen der Kali- und Salzindustrie im Bereich Energie und Klima hinzuweisen und politische Handlungsfelder aufzuzeigen. Die Kali- und Salzindustrie unterstützt das Pariser Klimaabkommen und bekennt sich langfristig zur Klimaneutralität. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es jedoch zwingend geeigneter energie- und klimapolitischer Rahmenbedingungen, die eine wettbewerbsfähige Dekarbonisierung der Branche ermöglichen.

Deutschland verfügt über umfangreiche Kali- und Salzlagerstätten und dies mit einem Rohsalz, das aufgrund seiner weltweit einzigartigen Zusammensetzung eine außergewöhnlich breite Palette lebensnotwendiger Salz- und Kaliprodukte ermöglicht: Düngemittel für die ökologische und konventionelle Landwirtschaft, Auftausalz im Winterdienst, Speisesalz in Lebensmitteln, hochreine Lösungen in der Medizin sowie unverzichtbare Rohstoffe für die Chemie- und Pharmaindustrie sowie vielen anderen Industrien; so werden beispielsweise hochreine Kochsalzlösungen für den Corona-Impfstoff von Biontech/Pfizer eingesetzt, Salz ist Grundstoff für die Natrium-Ionen-Akkutechnologie und durch die Förderung und Verarbeitung von Kalisalzen zu Düngemitteln wird ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Welternährung geleistet. Wie wichtig es ist, eine gesicherte Produktion mit systemrelevanten Erzeugnissen aus dem eigenen Land zu haben, hat die Corona-Pandemie gezeigt.

Die deutsche Kali- und Salzindustrie zählt zu den energieintensiven Branchen und ist Teil des europäischen Emissionshandelssystems. Etwa drei Viertel der Energie werden dabei als Wärme und ein Viertel als Strom genutzt. Der hohe Wärmebedarf ist zur Aufbereitung der Rohsalze mittels diverser Verfahren durch Dampf und zur Trocknung der Salze nötig. Aufgrund dieses hohen und relativ konstanten Wärmebedarfes der Werke bieten sich zur Energieversorgung eigene Wärme- und Stromerzeugungsanlagen an. Der Vorteil einer solchen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) besteht dabei in der effizienteren Nutzung der Primärenergie im Vergleich zur getrennten Erzeugung.

Die Branche hat durch erhebliche Investitionen in moderne und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, den damit verbundenen Brennstoffwechsel auf Gas, und durch Kapazitätsabbau ihre CO₂-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2016 bereits um rund 80 % gesenkt. Damit verfügt Deutschland gegenüber den internationalen Großanbietern über die energieeffizienteste Produktion weltweit, allerdings zu deutlich höheren Kosten als die Hauptwettbewerber aus Weißrussland, Russland und Kanada.

Es ist daher notwendig, dass die Politik in den derzeitigen und künftigen energie- und klimapolitischen Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene, insbesondere mit Blick auf ambitioniertere Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030 und 2050, einen umfassenderen „Carbon Leakage“-Schutz für die Kali- und Salzindustrie vorsieht. Dies bedeutet eine stärkere kostenfreie Zertifikatezuteilung im EU-Emissionshandel, realistische Benchmark-Festlegungen, die Wiedergewährung der Strompreiskompensation sowie als zusätzliches Instrument – und nicht als Ersatz – einen CO₂-Außenschutz.

Ansonsten ist zu erwarten, dass Produktion und damit Arbeitsplätze zu Lasten der deutschen Produktionsstandorte in naher Zukunft verloren gehen und künftig in den Hauptwettbewerbsländern Weißrussland und Russland – unter deutlich niedrigeren Klima- und Umweltstandards – stattfinden.

Eine klimaneutrale Kali- und Salzindustrie bis 2050 ist technologisch möglich – allerdings mit hohen laufenden Zusatzkosten pro Tonne und einmaligen Umrüstungsinvestitionen, um den derzeitigen Energieträger Gas zu substituieren. Beides ist im derzeitigen Marktumfeld der Kali- und Salzproduktion operativ nicht zu erwirtschaften, da eine Weitergabe der laufenden Zusatzkosten nicht möglich ist.

Die Politik sollte die Kali- und Salzindustrie konkret dabei unterstützen, einen – von einem bereits sehr niedrigen Emissionsniveau ausgehenden – wirtschaftlich tragfähigen Dekarbonisierungspfad beschreiten zu können.

Die politisch weiter beabsichtigte Verteuerung von Energie und Emissionen ist als Klimaschutzinstrument in der Kali- und Salzindustrie mittlerweile gescheitert. Durch eine Verknappung und Verteuerung der CO₂-Zertifikate, den Wegfall der Strompreiskompensation und zunehmende Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie dem Brennstoffemissionshandelsgesetz werden den Unternehmen lediglich Mehrkosten auferlegt. Dadurch wird kein zusätzlicher Klimaschutz erreicht, da die Unternehmen energetisch bereits optimiert sind und die beste verfügbare Technik einsetzen. Diese Mehrkosten führen im Falle der Kaliindustrie in existentielle Herausforderungen gegenüber Großanbietern aus Weißrussland und Russland und deren aktueller Niedrigpreispolitik.

Die Bundesregierung ist daher aufgerufen, ein umfassendes – auf die Branche zugeschnittenes – klimapolitisches Handlungskonzept zu erarbeiten. Dies muss kurzfristig einen vollständigen Carbon-Leakage-Schutz einschließlich einer Kompensation für indirekte CO₂-Kosten umfassen und konkrete Fördermaßnahmen sowie Rahmenbedingungen, die eine grüne Elektrifizierung ermöglichen, aufzeigen. Neben einer Umrüstungsförderung muss dies vor allem auch die dauerhafte Verfügbarkeit von grünem Strom in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen umfassen („Industriestrompreis“).

Berlin, 11. Mai 2021.